



In der am 11. April 2024 abgehaltenen Konferenz, organisiert von der Europäischen Vereinigung der Anwälte für Demokratie und internationale Menschenrechte (ELDH), den Europäischen Demokratischen Anwälte (AED) und dem Verein für internationales Recht und Demokratie (MAF-DAD), wurden folgende Feststellungen und Schlussfolgerungen getroffen:

- In ganz Europa, insbesondere in den Gefängnissen der Türkei, werden Folter und Misshandlungen in den Gefängnissen von Tag zu Tag offensichtlicher. Beobachtungen deuten darauf hin, dass sich die Isolation zu einer gängigen Vollzugsmaßnahme entwickelt hat und willkürliche Verbannungsentscheidungen erfolgen, welche auch inhaftierte Familien und Angehörige bestrafen. Die Teilnehmenden der Konferenz betonen, dass Folter und Misshandlung in Gefängnissen ein grundlegendes Problem mit schwerwiegenden gesellschaftspolitischen Folgen darstellen.
- Die Diskriminierung politischer Gefangener im Baskenland, in Katalonien und in Ungarn, wie z.B. das diskriminierende Vollstreckungsgesetz für politische Gefangene, und die mangelnden hygienischen Bedingungen, gehören zu den Themen, die auf der Konferenz diskutiert wurden. Obwohl aus Zeitgründen nicht auf der Konferenz selbst diskutiert, betonten die Konferenzteilnehmenden im anschließenden Diskussionsteil, dass die Situation im Vereinigten Königreich, in Deutschland und in Griechenland nicht anders ist (insbesondere in Bezug auf die Geflüchteten), dass die Haftbedingungen von Julian Assange gravierend sind und dass in Gefängnissen wie Guantanamo auf der ganzen Welt weiterhin irreparable Verstöße begangen werden.
- Die Türkei, die zu den Ländern mit einer der höchsten Anzahl politischer Gefangener zählt, bietet in vielerlei Hinsicht ein besorgniserregendes Bild. In den Händen des autoritären Regimes, das von der AKP und ihren Verbündeten aufgebaut wurde, hat sich das Recht als Ganzes in einen grundlegenden Repressionsapparat der politischen Macht verwandelt. Fast täglich werden in der Türkei neue administrative und juristische Methoden gegen politische Gefangene eingeführt. Beispiele dafür sind neue Gefängnismodelle, willkürliche und unangemeldete Abschiebungen, die Behinderung verfahrensgebotener Schritte unter dem Vorwand von verhängten Disziplinarmaßnahmen und der Entzug aller Arten von Bewährungsrechten, Zugang zum Recht auf Gesundheit und Kommunikationsverbote, um nur einige zu nennen. Mit Mitteln wie der weit verbreiteten Leibesvisitation und Zählungspraktiken gehören Folter und Misshandlungen zum Alltag in den Gefängnissen.

- Ein noch nie dagewesenes Beispiel für Isolation findet sich auf der Gefängnisinsel İmralı. Seit drei Jahren gibt es keine Nachrichten mehr von Abdullah Öcalan und seinen Freunden. Diese drastische Isolationspraxis, die für die kurdische Gesellschaft sowie für juristische und demokratische Kräfte alarmierend ist, ist zugleich eine Dimension des verstärkten Angriffs auf das kurdische Volk, einschließlich der anhaltenden Leugnung und Vernichtung. Die Isolation und der gegen das kurdische Volk gerichtete Krieg sind verschiedene Elemente desselben politischen Ansatzes. Der Kampf gegen die Isolation, der systematisch im Kontext der Wahrung der Menschenwürde geführt werden sollte, stellt eine der wichtigsten Kräfte im Kampf für Frieden und Demokratie dar, insbesondere im Zusammenhang mit dem Gefängnis der Insel İmralı.

Die Teilnehmenden der Konferenz haben in Anbetracht der oben genannten Erkenntnisse und der sich verschlechternden Situation in ganz Europa beschlossen, dass ein effizienter, kollektiver rechtlicher und politischer Kampf gegen Isolation und Folter in Gefängnissen geführt werden muss.

In diesem Zusammenhang rufen die Konferenzteilnehmenden in erster Linie die Institutionen der Europäischen Union und des Europarates dazu auf:

- Eine offensivere Haltung einzunehmen gegen die unmenschlichen Praktiken in türkischen Gefängnissen und willkürliche Vollzugsmaßnahmen gegen politische Gefangene, welche zum Ziel haben sie länger in den Gefängnissen abzuschotten. Weiterhin müssen konkrete Schritte eingeleitet werden, um gegen die Praxis auf der Gefängnisinsel İmralı, welches zur ersten Anlaufstelle für Isolationsfolter geworden ist, vorzugehen.
- Die Haftbedingungen in Ungarn zu überwachen und die notwendigen Schritte zu unternehmen, um sie zu verbessern.
- Konkrete Maßnahmen gegen diskriminierende Vollzugsregelungen und andere Gesetze im Baskenland, der Türkei und anderen Ländern zu ergreifen.

Darüber hinaus wird das CPT aufgefordert, insbesondere im Hinblick auf die Gefängnisinsel İmralı, seine Verantwortung bei der Überwachung und Bewältigung der sich verschärfenden Missstände in europäischen Gefängnissen stärker wahrzunehmen.

Die Konferenzteilnehmenden haben in Vorträgen und Diskussionen ihre konkreten Ansichten und Vorschläge geäußert und beschlossen, den gemeinsamen Kampf in folgenden Bereichen fortzusetzen:

1. Aufbau eines zunächst aus Konferenzteilnehmenden bestehenden und ausbaufähigen Netzwerks, um den gemeinsamen juristischen Kampf gegen Isolation und Folter systematisch und nachhaltig zu führen.

2. Die Veranstaltung einer umfassenden und gut besuchten zweitägigen Konferenz unter der Leitung von Anwält:innen und juristischen Organisationen, die an der Konferenz teilnehmen, um die von Gefangenen erlebte Folter und Misshandlung in einem breiteren Kontext zu diskutieren. Eine solche Konferenz kann Diskussionen über Rechtsvorschriften und Praktiken in verschiedenen Ländern erleichtern und ein Umfeld schaffen, in dem auch einzelne subjektive Ansichten gehört werden können. Zur Vorbereitung dieser Konferenz wird eine Arbeitsgruppe gebildet.

3. Zur Unterstützung einer Petition, die im Januar 2024 von 1.330 Anwält:innen beim türkischen Justizministerium eingereicht wurde und in der die Beendigung der andauernden Isolation im Gefängnis auf der Insel İmralı und die Gewährung von Anwaltsbesuchen gefordert wird, wird eine ähnliche Petition von europäischen Anwält:innen organisiert werden.

4. Alle Anwält:innen und Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen, die an der Konferenz teilnahmen, haben beschlossen, sich dafür einzusetzen, ihre jeweiligen Anwaltskammern und internationale Menschenrechts- und Justizorganisationen für die Probleme der Gefängnisse zu sensibilisieren.